

Die „Grenzzeitung“ erscheint täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zahlung im Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Alle Postbestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Umständen bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 25.— M., für das übrige Ausland 27.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die Jahresspaltene Kontraktstelle oder deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das erlegte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Anzeigensteuer. Dauernde Anzeigen (mit Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche) 4.00 M. netto pro Zeile. Die Besondere in Wort-Anzeigen: das erlegte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Grenzzeitung

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das veruneinigte Europa

1000 Delegierte auf der Konferenz in Genua

Nach Meldungen aus London und Paris sollen zu der Konferenz von Genua sämtliche europäische Staaten eingeladen werden. Es gibt deren rund zwei Duzend, dazu kommen noch eine Anzahl staatliche Splitter, die trotz ihrer wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit von anderen Ländern ein Sonderdasein führen. Man hat ausgerechnet, daß ungefähr 1000 Personen an der Konferenz teilnehmen werden. Diese große Körperschaft wird natürlich für sachliche und nützbringende Auseinandersetzungen kein geeignetes Instrument sein, es dürfte sich vielmehr bald zeigen, daß die großen Mächte auch hier den Ton anzugeben gesonnen sind, und daß den kleineren Staaten nichts anderes übrig bleiben wird, als in deren Gefolge zu marschieren. Jedoch soll der Wert dieser Konferenz nicht verkannt werden. Es ist das erste Mal, daß sich die Vertreter aller europäischen Staaten zu einer Tagung zusammenfinden und wenn die Verhandlungen auf einige der wichtigsten Punkte konzentriert werden, so kann man wohl ein günstiges Ergebnis von ihnen erwarten. Das wäre dann der erste Schritt auf dem Wege, der allein Europa vor weiterem Niedergang und vor Ueberflügung durch Amerika und Japan bewahren kann: die Beseitigung der bisherigen Uneinigkeit, die Erkenntnis davon, daß die wirtschaftlichen Interessen aller Staaten Europas so eng miteinander verknüpft sind, daß auch die politische Zusammenarbeit durchgeföhrt werden muß.

Beginn der Vorverhandlungen

GE. London, 18. Januar.

Wie die „Daily Mail“ meldet, sind zwischen dem französischen und dem englischen auswärtigen Amt bereits Verhandlungen wegen der Tagung von Genua im Gange. Man werde sich besonders mit der Frage der Reparationen der ehemals feindlichen Staaten beschäftigen, die von diesen an die Alliierten zu leisten sind. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Rußlands werde eingehend besprochen werden, doch soll den Vorschlägen erst dann finanzielle Hilfe geleistet werden, wenn sie deren Rückzahlung garantieren und die Vorkriegsschulden in Höhe von 700 Millionen Pfund Sterling anerkennen und sich ferner bereit erklären, diese abzuführen. Anträge betreffend der deutschen Reparationszahlungen werden einen hervorstechenden Platz in den Besprechungen der Konferenz von Genua einnehmen. Man glaubt, daß die künftigen deutschen Zahlungen in natura geleistet werden sollen und daß zwischen Frankreich und England ein Abkommen getroffen werden soll, wonach England Frankreich ein Drittel seiner Schuld im Betrag von 570 Millionen Pfund Sterling unter der Bedingung erlassen wird, daß Frankreich auch Deutschland eine ebenso hohe Summe nachlasse. Es ist immer noch unentschieden, ob Poincaré selbst nach Genua gehen wird. Er selbst erklärte sich dazu bereit, sofern sich auch Lloyd George in Genua befinden werde.

Englands Beteiligung an der Konferenz

Aus London wird gemeldet: Lloyd George wird in Gemeinschaft Robert Hornes, des Unterstaatssekretärs im Schatzamt, Basil Blacketts und einer gewissen Anzahl von Beamten 14 Tage in Genua verweilen. Es steht indessen noch nicht fest, ob auch die englischen Dominions Vertreter zu der Konferenz entsenden werden. Offiziös hat man ihnen jedoch bereits nahegelegt, sich um Einladungen zur Konferenz zu bewerben. Sollten sich die Dominions zur Teilnahme entschließen, so würde auch Irland auf der Konferenz mit den anderen Dominions als gleichberechtigt behandelt werden.

Die Wünsche der Sowjetregierung

Kopenhagen, 17. Januar.

Wie der „Berlingske Tidende“ aus Helsingfors telegraphiert wird, wünscht die Sowjetregierung bei der Wirtschaftskonferenz in Genua folgende Fragen zur Beratung zu bringen: Bezahlung der russischen Staatsschulden, Schadenersatz für Verluste infolge der Intervention fremder Mächte, Zurückgabe der russischen Handelschiffe, die von Denikin, Judenitsch und Wrangel weggenommen wurden, Regelung der östlichen Frage, wirtschaftlicher Wiederaufbau Rußlands, Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande, Regelung des Konsularwesens und Erleichterung der Valutafrage und der Rationalitätstragen. Die Regierung hat eine besondere Kommission unter der Leitung Tschitscherins ernannt, die diese Fragen im einzelnen ausarbeiten soll. Als Vertreter der Sowjetregierung auf der Konferenz in Genua sind Tschitscherin und Lunatscharski ausgesprochen. Lenin wird unter keinen Umständen an der Konferenz teilnehmen.

Interpellation in der französischen Kammer

Paris, 17. Januar.

Bazenne M von der sozialistischen Kammergruppe beauftragt worden, die Regierung über die allgemeine Politik zu interpellieren. Ferner hat Marc Sangnier eine

Interpellation über die auswärtige Politik der Regierung und über die Pläne bezüglich der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas eingebracht.

Poincaré und Lloyd George

Zwischen Poincaré und Lloyd George sind aus Anlaß des Regierungswechsels in Frankreich Telegramme gewechselt worden. Poincaré teilt mit, daß Frankreich sich beeilen werde, die Prüfung der verschiedenen Fragen, die gegenwärtig zwischen England und ihm schweben, in freundschaftlichem Geiste wieder aufzunehmen. Die französische Regierung sei als treuer Dolmetscher der Wünsche des Parlaments und der Nation überzeugt, daß es den beiden Völkern, die auf den Schlachtfeldern für eine und dieselbe Sache so eng vereint gekämpft hätten, gelingen werde, in gemeinsamem Einvernehmen unter Aufrechterhaltung des europäischen Friedens die Durchführung der Verträge, die sie unterzeichnet haben, und die Reparationen für die durch die Invasion verursachten Schäden sicherzustellen.

Lloyd George hat ein wenig ausweichend geantwortet, daß auch die englische Regierung die Sicherheit des französischen Gebietes gegen einen deutschen Angriff, die Bezahlung der Frankreich für die zerstörten Gebiete geschuldeten Reparationen und die ständige Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Versailler Vertrages als gemeinsame Interessen der französischen und der britischen Politik betrachte, die beide Völker gemeinsam verteidigen müßten.

Die alliierten Schulden an Amerika

Washington, 18. Januar. (Havas.)

Halbamtlich wird mitgeteilt, daß der Gesetzentwurf des Senats über die Konsolidierung der alliierten Schulden bereits die Zustimmung des Präsidenten Harding gefunden hat.

Paris, 18. Januar.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wird halbamtlich bekannt, daß bereits eine europäische Nation die Vereinigten Staaten davon in Kenntnis gesetzt habe, daß sie nicht imstande sein werde, die im April fälligen Zinszahlungen für ihre Schuldverpflichtungen aus dem Kriege zu leisten.

Die Ausfuhr deutscher Kohle

GE. Paris, 18. Januar.

Im Verlaufe der Besprechungen der Reparationskommission in Cannes hat diese auch das Programm für die deutschen Kohlenlieferungen in den Monaten Februar, März und April festgelegt. Gleichzeitig beschäftigte sich die Kommission mit der Bitte der deutschen Regierung, ihr die Möglichkeit zu geben, Kohle nach allen Ländern auszuführen zu können. Bisher war Deutschland nur die Erlaubnis erteilt worden, nach Holland und der Schweiz Kohle auszuführen. Die Reparationskommission entschied nunmehr, daß der deutschen Regierung für die Monate Februar, März und April volle Ausfuhrfreiheit für Kohle nach allen Ländern erteilt werde unter der Bedingung, daß das Reparationskohlenprogramm vollständig durchgeführt werde.

Es muß selbstverständlich erwartet werden, daß vor jeder Ausfuhr deutscher Kohle nach anderen Ländern der Inlandsbedarf sichergestellt wird. Und außerdem darf die Ausfuhr nicht zu einem gewinnreichen Geschäft für die Zeichenmagazinen werden, sondern sie muß unter strenger Kontrolle des Reichs und nur zur Erlangung wirtschaftlicher Kompensationen erfolgen.

Der Hunger in Rußland

Moskau, 17. Januar (Int.).

Die Hungersnot in der Saporoschj ist auf das äußerste gestiegen. Die Leute sind gegen ihr Gesicht bereits völlig apathisch geworden. Sie essen Erde und trinken schmutziges Wasser. In den Dörfern und Städten irren lebende Skelette umher, sie sind mit Flecken bedeckt, die kaum noch an Kleider erinnern. Die Schrecken der Hungersnot im Wolgagebiet verhallen gegenüber dem durchdringenden Bild, das sich in der Saporoschj entrollt. Der Bevollmächtigte des Obersten Hilskomitees für die Hungersnot, der einen Bedarfsmittelzug von 25 Waggons nach dem Wolgagebiet begleitete, berichtet, daß das Begleitpersonal der Eisenbahn auf der Linie von Wensa nach Ufa so viele Leichen von den Schienen wegzuräumen hat, daß man mit dieser Arbeit kaum fertig werden kann. Die Zahl der Todesfälle infolge der Hungersnot nimmt immer mehr zu. Auf den Friedhöfen liegen ganze Reihen von Leichen tagelang im Freien, bis sie endlich beerdigt werden können.

Wahlen in Trient. Bei den Gemeinderatswahlen von Trient, die am Sonntag stattfanden, haben die Sozialisten 16, die Liberalen 13, die Katholische Volkspartei 11 Mandate erhalten.

Um das Steuerkompromiß

In Cannes ist der deutschen Regierung die Verpflichtung auferlegt worden, binnen vierzehn Tagen der Entente ein Finanzprogramm vorzulegen, das den Staatshaushalt ins Gleichgewicht bringen und die Notenausgabe einschränken soll. Die Regierung muß also endlich Klarheit darüber schaffen, welche Steuern sie vom Reichstag verlangt und welche Parteien bereit sind, diese Steuern zu bewilligen. Die Situation ist gegenwärtig so, daß die bürgerlichen Parteien gegen die Erfassung der Sachwerte in der Form, in der sie von allen Arbeiterorganisationen und allen Arbeiterparteien gefordert wurde, geschlossen Stellung nehmen. Auf der anderen Seite herrscht wohl bei allen Arbeiterparteien Uebereinstimmung darin, daß die Steuervorlagen der Regierung völlig ungenügend sind, daß die Heranziehung des Vermögens in keiner Weise den Anforderungen genügt, während auf der anderen Seite schwere und drückende Verbrauchsabgaben drohen. Die Regierung sucht ein Kompromiß herbeizuführen und begründet die Notwendigkeit gegenseitiger Zugeständnisse mit den Erfordernissen der auswärtigen Politik. Nur wenn Deutschland durch Neuordnung seiner Finanzen das ernste Bestreben zeige, seinerseits den Forderungen der Entente entgegenzukommen, könne darauf gerechnet werden, daß die bisherige auswärtige Politik fortgesetzt und zu Erfolgen führen werde.

In den letzten Tagen haben eingehende Verhandlungen zwischen den Führern der beiden Regierungsparteien, des Zentrums und der Rechtssozialisten, stattgefunden. Heute nachmittag tritt die sozialdemokratische Fraktion zusammen, und von ihren Beschlüssen wird es abhängen, ob die Verhandlungen fortgesetzt und ein Kompromiß gefunden werden wird. Der „Vorwärts“ schreibt darüber:

Die Sozialdemokratie hat von Anfang an den Gedanken vertreten, daß zwar neue Verbrauchssteuern schon des äußeren Zwanges wegen nicht zu umgehen seien, daß es aber auch notwendig sei, den Besitz in ganz anderem Maße, als das bisher geschah, zur Tragung der Gesamtkosten mit heranzuziehen, wobei insbesondere die in Händen der alten und der neuen Reichen befindlichen Sachwerte ins Auge gefaßt zu werden verdienen. Diesem Gedanken werden sich die bürgerlichen Parteien auf die Dauer doch nicht entziehen können, und zweifellos werden diejenigen am flüchtigsten handeln, die ihm rechtzeitig ausreichende Zugeständnisse zu machen bereit sind.

Ob aber solche Zugeständnisse zu erwarten sind, die es der Sozialdemokratie ermöglichen, das Steuerwert in Gemeinschaft mit einem Teil der bürgerlichen Parteien zu vollenden, steht in diesem Augenblick durchaus noch nicht fest. Sicher ist nur, daß der Mangel solcher Bereitwilligkeit Deutschland mit einer schweren innerpolitischen Krise bedrohen würde.

Die Sozialdemokratie steht prinzipiell auf einem ausgezeichneten Kampfboden, sie tritt für eine Forderung ein, die zweifellos bei der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes Billigung findet. Taktisch wird ihre Stellung durch den Umstand erschwert, daß sich die gemeinsame Front der beiden sozialdemokratischen Fraktionen nicht auf das ganze Steuerproblem erstreckt, sondern nur auf den Teil, der die Besitzbesteuerung betrifft. Die sozialdemokratische Mitarbeit auch an den Verbrauchssteuern ist aber unvermeidlich, wenn die Steuerreform nicht von vornherein zu einer Aufgabe allein der bürgerlichen Parteien gemacht und diesen damit die gesamte politische Macht ausgeteilt werden soll.

Zu einer solchen Mitarbeit ist die sozialdemokratische Partei unter bestimmten Voraussetzungen bereit. Und dieser sollten sich die aus dem Boden der Republik stehenden bürgerlichen Parteien nicht zu entziehen suchen; denn dadurch würden sie sich vor dem deutschen Volk mit einer schweren Verantwortung beladen. Die sozialdemokratische Partei wird, zumal angeht die gespannten äußeren Lage, nicht bedenkenlos in innere Krisen hineinführen, aber sie kann ihre Politik nicht ausschließlich von dem Wunsch, solche Krisen zu vermeiden, bestimmen lassen.

Die bürgerlichen Parteien müßten eigentlich einsehen, daß die Annahme der Steuerreform ohne Berücksichtigung der sozialdemokratischen Forderungen im besten Fall eine Vertagung des Kampfes, nicht aber seinen Abschluß bedeutet. Vertagung heißt in diesem Falle auch Verschärfung. Denn Forderungen solcher Art lassen sich durch ein einmaliges Parlamentsvotum nicht abwürgen, sie kehren immer wieder, und mit jedem Mal wird die Stellung ihrer Gegner ungunstiger. Darum empfiehlt es sich für die bürgerlichen Parteien in noch höherem Maße als für uns, eine positive Lösung zu suchen, die eine Verständigung möglich macht.

Die Rechtssozialisten sind also an sich zu einem Kompromiß bereit, das auch die Bewilligung von Verbrauchssteuern einschließt. Sie fordern nur, daß der Besitz in stärkerer und schärferer Weise als bisher herangezogen werde, ohne sich aber auf die Form, in der das geschehen soll, festzusetzen.

Auf der anderen Seite suchen die Rechtsparteien alles daranzusetzen, um die Steuerfrage zur Sprengung der Regierung Wirth zu benutzen. Was an ihre Stelle treten soll, darüber gehen die Meinungen offenbar auseinander. Ein Teil der Deutschen Volkspartei würde sich damit begnügen, unter Ablehnung jeder schärferen Besitzverfassung in die Regierung aufgenommen zu werden. Deshalb kündigen ihre Organe jetzt schon an, daß die Annahme der verschiedenen Steuern mit wechselnden Majoritäten nicht in Betracht kommen könnte. Die Deutsche Volkspartei werde nur dann für irgendeine der von der Regierung geforderten Steuern

Leutnant Krull und die gestohlene Uhr

Wir haben vor einiger Zeit mitgeteilt, daß Leutnant Krull, der in dem Verdacht stand, an der Ermordung Rosa Luxemburgs beteiligt gewesen zu sein, aus der Haft entlassen worden ist...

1. Krull sei niemals Adjutant des Bandenführers Kossbach gewesen, 2. Krull habe nicht durch Schießungen aller Art die Balistiktruppen mit Waffen...

Wir bemerken hierzu das Folgende: Leutnant Krull war schon, bevor die Kossbachhande über die ostpreussische Grenze nach dem Baltikum stieg...

Die Finanzlage Preußens

Im Hauptausschuß des preussischen Landtags gab der Finanzminister Dr. von Richter einen Überblick über die Finanzlage Preußens...

Zur Finanzlage Preußens bemerkt der Minister, daß im Haushaltsentwurf für 1922 die Anteile an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer...

hänge, aber schon ihre eigene Stellungnahme beweist, daß die deutschen Kommunisten ihre Aufgabe nach wie vor darin erblicken...

Dieser Vorschlag der „Roten Fahne“ bedeutet nichts anderes, als eine Hinauszögerung der vorgesehene Zusammenkunft der proletarischen Parteien Westeuropas...

Vom internationalen Arbeitsamt

Die Untersuchungen über die Produktionsverhältnisse

Genf, 17. Januar.

Unter dem Vorsitz des belgischen Arbeitgebervertreeters Carlier eröffnete heute der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes seine Beratungen...

Dieser Debatte ging ein Meinungsaustausch über einen kürzlich vom Bölkerbundrat verlagenen französischen Antrag voraus...

Das polnische Ausnahmegesetz. Das Projekt des Ausnahmegesetzes in Polen hat nicht nur in Arbeiter-, sondern auch in weiten bürgerlichen Kreisen Widerspruch gefunden...

stimmen, wenn ihre Vertreter auf der Regierungsbank sitzen werden. Deshalb sei für sie die Frage des Steuerkompromisses zugleich die Frage der großen Koalition...

Aber auch die Hoffnung, die Steuerfrage zu bewegen, um die Sozialdemokratie aus der Regierung zu drängen und eine rein bürgerliche Regierung zu bilden, wird von den Rechtsparteien gelehrt...

Nicht nur die günstige Lösung der finanzpolitischen Frage hängt von dieser seiner Entscheidung ab. Läßt das Zentrum die übrigen bürgerlichen Parteien im Stich...

Der Zweck der Uebung ist klar: die Vertreter des großen Fortemonnaies wollen eine bürgerliche Regierung, die dann nach ihren Wünschen die Steuern gestalten würde...

Internationale sozialistische Konferenzen

In der gestrigen Morgenausgabe veröffentlichten wir einen Aufruf des Bureau der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien...

Zu den hier wiedergegebenen Vorschlägen des Bureau der I. A. S. V. teilt der „Vorwärts“ in seiner heutigen Morgenausgabe mit, daß der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei am Montag eine Besprechung mit der in Berlin weilenden französischen Delegation unter Führung des Genossen Paul Faure...

Auch die „Rote Fahne“ äußert sich in ihrer heutigen Morgenausgabe zu dem Aufruf des Bureau der I. A. S. V. Sie macht zwar eingeleitet die einschränkende Bemerkung, daß die endgültige Stellungnahme zu dieser Frage von der Moskauer Exekutive ab-

Die Reden Gotamo Buddhos

Zum erstenmal übertragen von Karl Eugen Neumann.

Von: Albert Ehrenstein (Wien)

Buddha (man sagt gemeinlich aber nicht richtig: Buddha), der Schüler des Ihsus der größten Religionsstifter der Erde, des Buddhaismus, der noch heute hunderte Millionen Anhänger zählt...

Vor 2400 Jahren starb Gotamo Buddha. Fast ebenso lange dauerte es, bis das Sonntlicht seiner Weisheit zu uns kam. Früher knüpften sich an seinen Namen die Wunder asiatischer Legenden...

Der deutsche Leser, wenn er Gutes lesen will und kann, ist gewiß mehr als es Angehörigen anderer Nationen begönnt ist, durch vollkommene Uebersetzungen verwöhnt worden...

stieben, die Neumanns Adlerflug ausgiebig und distinkt nützten; den Verbalhornungen Gellerups und Mauthners...

Die Reden Buddhos, in unseren Tagen erst nachhallend im gewaltigsten Echo, sind Emanationen der höchsten Denkerkraft, die je auf Erden lebte...

Siddhartha (so hieß Buddha ursprünglich), der Sohn der Königin Maya, durchdringt von weiserer Erkenntnis, tiefster Erfahrung, erwachte, überwand Sein und Nichtsein...

Der Prinz Siddhartha verließ kein Reich von dieser Welt, ging ein in die Hauslosigkeit, ward ein Asket, ein Heiliger: ein Selbstüberwinder. Was ihn keine äußerste Selbstzucht und unerbittliche Selbstbefinnung lehrte...

Die Wirkung der Reden wird nicht ausbleiben bei der aus allen materiellen Himmeln auf diese Erde gestützten deutschen Nation...

Inwiefern die Reden Gotamo Buddhos dem Arbeiter helfen helfen können? Das Erdarmen Buddhos hatte tiefere Wurzeln als sie je Religionschriften und Weltanschauungslehren beschieden waren...

Was manche Leute verdienen. Die Londoner Blätter mitteilen, wird sich der Kronanwalt Mr. Barrington-Wood demnächst nach Kairo begeben, um vor dem dortigen Kriminalgericht einen jungen Albanier zu verteidigen...

